

Sitzung Nr. 6 vom 05. Juni 2018

Vorsitz François Scheidegger, Stadtpräsident (Ausstand Traktandum 2)

Anwesend Remo Bill (Vorsitz Traktandum 2)
Alexander Kaufmann
Angela Kummer
Daniel Hafner
Robert Gerber
Konrad Schleiss
Reto Gasser
Sandra Sieber (Ersatz für Traktandum 2)
Ivo von Büren (Ausstand Traktandum 2)
Richard Aschberger
Marc Willemin
Fabian Affolter
Matthias Meier-Moreno
Simon Klaus (Ersatz)
Nicole Hirt

Entschuldigt Peter Brotschi

Anwesend von Amtes wegen David Baumgartner, Leiter Finanzen + Informatik
Drazenka Dragila-Salis, Stadtbaumeisterin
Thomas Rügger, Leiter Tiefbau
Luzia Meister, Stadtschreiberin
Anne-Catherine Schneeberger-Lutz, Ratssekretärin,
Stadtschreiberin-Stv. (Protokollführerin)

Dauer der Sitzung 17:00 Uhr - 19:00 Uhr

TRAKTANDEN (2373 - 2379)

- 1 Protokoll der Sitzung Nr. 5 vom 15. Mai 2018 (GR-Beschlüsse Nr. 2366 und 2367 (Genehmigung im Hinblick auf die Gemeindeversammlung vom 19. Juni 2018) /
- 2 2373 SWG: Eignerstrategie der Stadt Grenchen

- 3 2374 Bahnhof Grenchen Süd
- 4 2375 Glassammlung / Glassammelstellen: Status, weiteres Vorgehen
- 5 2376 Motion Nicole Hirt (glp): Abstellplätze (Parkplätze) bei neuen Industrie- und Gewerbebauten in der Arbeitszone: Beschluss über Erheblicherklärung
- 6 2377 Interpellation Daniel Hafner (SP): Flixbus in Grenchen?: Beantwortung
- 7 2378 Kenntnisnahme Wahlfeststellung Sandra Sieber, 2. Ersatzmitglied des Gemeinderates (FDP.Die Liberalen)
- 8 2379 Mitteilungen und Verschiedenes

- 0 -

Die GR-Beschlüsse Nr. 2366 und 2367 der Sitzung Nr. 5 vom 15. Mai 2018 werden genehmigt.

- 0 -

SWG: Eignerstrategie der Stadt Grenchen

Vorlage: KZL/24.05.2018

Stadtpräsident François Scheidegger begibt sich als VR-Präsident SWG in den Ausstand. An seiner Stelle amtiert Ersatz-Gemeinderätin Sandra Sieber. Vize-Stadtpräsident Remo Bill übernimmt den Vorsitz. Gemeinderat Ivo von Büren begibt sich als Mitglied des Verwaltungsrates SWG ebenfalls in den Ausstand.

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Gemäss Vize-Stadtpräsident Remo Bill wurde mit der Genehmigung der Statuten am 29. November 1995 durch die Gemeindeversammlung die SWG als selbständiges öffentlich-rechtliches Unternehmen ins Leben gerufen. Bei der Verselbständigung der Städtischen Werke Grenchen wurden ihnen auch Immobilien und Grundstücke übertragen worden, die damals von ihnen genutzt wurden. Heute, bald 25 Jahre später, hat sich am Markt wie bei der SWG viel verändert. Einzelne Immobilien sind heute nicht mehr betriebsnotwendig: So das Bürogebäude am Marktplatz, das Areal, auf dem früher die Gas-Kugel stand, ebenso das eine oder andere Reservoir. Die SWG muss sich mit dem Verkauf resp. der Umnutzung von Liegenschaften beschäftigen. Sie betreibt aktive Bodenpolitik, was aus betrieblicher Sicht richtig ist, aber nicht zu den Kernaufgaben gehört. Die SWG ist keine Aktiengesellschaft mit Aktionären, sie gehört der Stadt. Dass Liegenschaften, die nicht mehr betriebsnotwendig sind, von der SWG verkauft werden, entspricht kaum dem Grundanliegen der Verselbständigung. Da die Liegenschaften ursprünglich der Stadt gehörten, liegt es nahe, sie wieder der Stadt zu übertragen. Das Ziel der Stadt ist, eine weitsichtige und nachhaltige Liegenschaftspolitik zu betreiben. Land wird immer mehr zur knappen Ressource. Darum soll die Stadtbehörde entscheiden wie das vorhandene Land genutzt wird. Die städtische Behörde ist auch der Meinung, dass grundsätzlich kein Land mehr verkauft werden soll, sondern nur noch im Baurecht abgegeben wird. Die GRK schlägt dem Gemeinderat vor, Folgendes zu beschliessen:

- Die Rücknahme der Immobilien, mit gleichzeitiger Errichtung eines Baurechts für die betriebsnotwendigen Grundstücke zu Gunsten der SWG.
- Die Rückzahlung des Reinerlöses der von der SWG verkauften Immobilien und Grundstücke an die Stadt.

Durch diese Änderung wird die SWG zu einer Betriebsgesellschaft, die sich nicht mehr um Immobilien und Grundstücke kümmern muss, sondern sich auf das Kerngeschäft konzentrieren kann.

2 Eintreten

- 2.1 Laut Gemeinderat Matthias Meier-Moreno begrüsst die CVP-Fraktion die angedachte Stossrichtung der Vorlage und findet es notwendig und wichtig, über Besitzverhältnisse und Eigentümerstrategie der SWG mit zu diskutieren und auch mitentscheiden zu können. Selbstverständlich liegt ihr die SWG als Dienstleisterin sehr am Herzen, jedoch sieht sie nicht ein, dass sie auch als Immobilien- und Grundstückverkäuferin von eigentlich stadteigenen Bauten und Grundstücken auftritt. Im Anbetracht der knappen Landreserven ist der bewusste und haushälterische Umgang und der Entscheid über Landverkauf oder Abgabe im Baurecht ein wichtiges Steuerungselement, welches der Politik vorenthalten sein sollte. Ein weiterer wichtiger Punkt, den es unbedingt zu klären gilt, ist, wem genau der Erlös aus den bereits getätigten Verkäufen zusteht. Fliessen diese vollumfänglich in die Kasse der SWG oder nicht doch eher in die Stadtkasse? Solche und andere Fragen gilt es nun so rasch wie möglich zu klären. Daher erachtet sie es als notwendig, dass man das weitere Vorgehen und die daraus entstehende Vorlage gemeinsam mit der SWG bespricht und eine gute Lösung für beide Seiten findet. Die CVP-Fraktion ist für Eintreten und steht hinter der Eigentümerstrategie.
- 2.2 Gemeinderat Reto Gasser erklärt, dass die FDP-glp-Fraktion für Eintreten auf die Vorlage ist. Dass man in den 90er Jahren die Städtischen Werke in eine selbständige juristische Einheit ausgegliedert und die SWG als öffentlich-rechtliche Institution ausgestaltet hat, hat sicher Sinn gemacht und macht auch heute noch Sinn. Die Politik wäre nicht geeignet, im hochkomplexen Strommarkt die richtigen Entscheide zu treffen. Wie der Vorlage aber entnommen werden kann, sind Grundstücke mit über auf die verselbständigte SWG gegangen, die damals vielleicht noch als betriebsnotwendig betrachtet werden konnten, heute aber alles andere als betriebsnotwendig sind. Nun kann es aber nicht sein, dass die SWG plötzlich mit nicht mehr betriebsnotwendigen Grundstücken beginnt, Bodenpolitik zu betreiben. Hier würde sie klar in eine Domäne greifen, die Sache der Gemeinde und der Gemeindepolitik ist. Der Trend geht klar dahin, heute Grundstücke nur noch im Baurecht zu vergeben, so dass die Gemeinde die Zügel nicht aus den Händen gibt und aktive Bodenpolitik betreiben kann. Nur nebenbei: Statutarischer Zweck der SWG: Energie-, Gas- Wasserlieferant, aber nicht Immobilienhändler. Die GRK schlägt darum vor, dass man im Sinne eines Grundsatzentscheides beschliesst, die Immobilien der SWG an die Stadt zurück zu übertragen. Gewisse Verwaltungsräte haben sich im Vorfeld der heutigen GR-Sitzung zu Wort gemeldet. Und sie haben dargetan, dass man sich einen solchen Entscheid mit allen Vor- und Nachteilen gut überlegen muss. Der GRK geht es schliesslich nicht darum, die SWG zu schwächen. Ein Grundsatzentscheid, wie er nun in der Vorlage verlangt wird, ist dann doch zu apodiktisch. Die FDP-glp Fraktion ist deshalb der Ansicht, dass vor der Beschlussfassung auch die Entscheidungsgrundlagen erarbeitet werden müssen. Sie ist der klaren Ansicht, dass man vor der Beschlussfassung zunächst die Sachlage einer genauen Prüfung unterziehen muss. Es gilt abzuklären, welche steuerrechtlichen und auch betriebswirtschaftlichen Folgen eine Rückführung der Grundstücke hätte. Erst nach einer sorgfältigen Prüfung der Sachlage kann darüber entschieden werden, ob die Grundstücke zurück auf die Gemeinde übertragen werden sollen. Die FDP-glp-Fraktion schlägt deshalb vor, die Anträge Ziffer 4.1. und 4.2. anzupassen (s. Detailberatung Ziff. 3.1 hiernach).
- 2.3 Gemeinderat Marc Willemin kann sich seinem Vorredner anschliessen. Die SVP-Fraktion wird der Vorlage mit den Abänderungsanträgen der FDP-glp zustimmen.

- 2.4 Laut Angela Kummer ist auch die SP-Fraktion für Eintreten und kann den Abänderungsanträgen von Reto Gasser zustimmen. Aktuell hat sich die SWG wie auch der Markt stark verändert. Diverse Liegenschaften und Grundstücke werden nicht mehr gebraucht und wurden zum Teil schon verkauft, so das Gebäude am Marktplatz Nord oder auch das Reservoir-Areal an der Hohlenstrasse. Immobilien und Grundstücke zu verwalten und verkaufen, ist jedoch nicht das Kerngeschäft der SWG und soll es nach Ansicht der SP-Fraktion auch nicht sein. Sie begrüsst es, dass die Stadt eine aktivere und nachhaltige Boden- und Liegenschaftspolitik betreiben will. Nur wer über eigene Grundstücke verfügt, kann mögliche Entwicklungsflächen für die Stadt sichern und sie optimal nutzen. Die SP findet die Stossrichtung der Vorlage gut. Sie in dieser Form durchzuwinken wäre aber ein Schnellschuss. Zuerst müsste diese Idee auch im Verwaltungsrat der SWG diskutiert werden und Vor- sowie Nachteile beider Varianten geklärt werden. Aus der Vorlage wird nicht klar, um welche Liegenschaften es sich handelt. Die Idee der GRK, dass der Reinerlös der bereits durch die SWG verkauften Grundstücke und Immobilien der Stadt zurückbezahlt werden soll, klingt verlockend, doch muss geklärt werden, wie weit zurück in die Vergangenheit die Rückzahlungen Sinn machen und um welche Grundstücke es geht. Darum unterstützt die SP den Vorschlag von Reto Gasser, die Angelegenheit seriös zu prüfen und zeitnah mit einer neuen Vorlage in den Gemeinderat zu kommen.

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

- 3.1 Reto Gasser stellt zu 4.1. und 4.2. der Vorlage folgende Abänderungsanträge:

- 4.1. *Es soll geprüft werden, ob die Immobilien im Eigentum der SWG in das Eigentum der Stadt Grenchen überführt werden sollen.*
- 4.2. *Die Verwaltung wird beauftragt, dem Gemeinderat die entsprechenden Entscheidungsgrundlagen zeitnah vorzulegen.*

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

- 4.1 Es soll geprüft werden, ob die Immobilien im Eigentum der SWG in das Eigentum der Stadt Grenchen überführt werden sollen.
- 4.2 Die Verwaltung wird beauftragt, dem Gemeinderat die entsprechenden Entscheidungsgrundlagen zeitnah vorzulegen

Vollzug: FV, RD

FV
RD
SWG
BD

8.7.0.0 / acs

Bahnhof Grenchen Süd

Vorlage: KZL/24.05.2018

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Stadtpräsident François Scheidegger spürt immer wieder eine gewisse Ungeduld im Zusammenhang mit dem Geschäft. Dazu möchte er Folgendes festhalten: Das Geschäft wurde im Jahr 2009 bzw. 2010 nach durchgeführtem Wettbewerb schubladiert. Irgendwo hat er noch gelesen, dass man sich eine „Denkpause“ gewähren wollte. Das Geschäft nahm er als neuer Stadtpräsident im 2014 wieder aus der Schublade und im gleichen Jahr wurde eine erste Besprechung durchgeführt. Er zitiert aus der Einladung der Baudirektion vom 31. Oktober 2014:

„Anlässlich der Startsitzen vom 5. November 2014 möchten wir die aktuellen Bedürfnisse, Anliegen und Zukunftsstrategien von Ihnen als direkt Betroffene (d.h. von Vertretern des Siegerprojekts, der SBB, der Migros, des Kunsthauses, der Landi, der BGU und der Anwohnerschaft) entgegennehmen. Diese sollen dann in die Projektüberarbeitung einfließen. Wir haben dazu auch eine Skizze mit einigen Themen erstellt, welche uns speziell interessieren. Im Wesentlichen sind dies:

Busbetriebe (BGU):

- *Anzahl und Länge der benötigten Haltekanten?*
- *Rahmenbedingungen zum Verkehrsregime (z.B. Einbahnverkehr möglich)?*

Migros:

- *Möglichkeit zum Einbezug des Aussenbereichs, zwecks Aufwertung der Zugangssituation, bessere Anbindung ans Bahnhofsareal etc.?*
- *Überprüfung der Anlieferung (ist die südliche Rampe zwingend)?*
- *Expansionsstrategie, besteht allenfalls Interesse an der ehemaligen Landi östlich der Migros?*

SBB:

- *Das Projekt 2009 beansprucht teilweise Terrain der SBB. Kann dieses weiterhin einbezogen werden und unter welchen Rahmenbedingungen?*
- *Im erweiterten Perimeter: Was geschieht mittelfristig im Bereich der Schuppen an der Güterstrasse (östlich P+R)?“*

Diese Fragen haben eine gewisse Abklärungszeit benötigt. Es ist wichtig, dass man sich diese Zeit genommen hat, insbesondere bei der Migros. Die Migros hat ihre Landstrategie und ihre weitere Strategie zum Standort Grenchen neu definiert. Sie hat in der Zwischenzeit ein Grundstück erworben. Ähnlich verhält es sich mit der Landi. Hier besteht jetzt Klarheit. Im 2016 begann man effektiv wieder mit der Planung. Heute geht es um eine Kenntnisnahme des aktuellen Stands und um die Frage des weiteren Vorgehens. Es geht noch nicht um einen Variantenentscheid. Heute wird eine 1. Lesung durchgeführt. Es liegt auch kein konkreter Antrag der BAPLUK vor. Er erwartet schon, dass von der Fachkommission ein konkreter Antrag kommt. Der Gemeinderat ist zwar Planungsbehörde, er ist aber ein politisches Gremium und kein Fachgremium. Dies ist seine Erwartung an die BAPLUK pro futuro.

- 1.2 Stadtbaumeisterin Drazenka Dragila-Salis führt aus, dass die Stadt Grenchen seit gut 11 Jahren mit der Neugestaltung des Bahnhofs Süd beschäftigt ist. Im Jahr 2008 hat die Baudirektion ein nicht SIA-konformes Konkurrenzverfahren mit drei Teams durchgeführt. Das Büro ssm hat gewonnen. Das Projekt hätte beinahe 8 Mio. Franken gekostet und wurde auch nach der Erarbeitung eines Vorprojektes nicht realisiert. Im 2014 hat der Gemeinderat ein bezahlbares und bald realisierbares Projekt bestellt. Daraufhin hat die Baudirektion mit Thomas Rüeegger, Leiter Tiefbau, seit Herbst 2016 verschiedene Schritte in die Wege geleitet. Die Ausführung der "Neugestaltung Bahnhofplatz" ist gemäss Aufgaben- und Finanzplan der Stadt Grenchen in den Jahren ab 2020 bis 2022 geplant. Die Urnenabstimmung müsste demnach im 2019 durchgeführt werden. Das ist sehr anspruchsvoll.
- 1.3 Thomas Rüeegger fasst anhand einer Präsentation die Vorlage zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.

2 Eintreten

- 2.1 Wie Vize-Stadtpräsident Remo Bill ausführt, wurde im 2009 ein Projektwettbewerb mit namhaften Planungsteams, bestehend aus Architekten, Verkehrsingenieuren und Landschaftsarchitekten, durchgeführt. Er durfte ebenfalls mit einem Planerteam an diesem Verfahren teilnehmen. Dessen Lösung wurde mit dem 2. Rang ausgezeichnet. So hat er sich schon damals intensiv mit dieser anspruchsvollen Planeraufgabe auseinandergesetzt. Das Siegerprojekt von 2009 wurde noch im Auftrag der ehemaligen Stadtbaumeister Claude Barbey und Daniel Gäumann umfassend und detailliert überarbeitet. Ein ausgearbeitetes Projekt für den Bahnhofplatz Grenchen Süd ist also vorhanden. Anschliessend fand eine „Denkpause“ statt. Die Bevölkerung von Grenchen aber auch die Politik, erwarten, dass die Neugestaltung des Bahnhofplatzes Grenchen Süd endlich umgesetzt wird. Erwartet wird eine überzeugende verkehrstechnische, visuelle und gestalterische Lösung, mit anderen Worten eine Visitenkarte der Stadt Grenchen. Das Ziel ist: eine Win-win-Situation für alle anzustreben. Die heute dem Gemeinderat vorliegenden rudimentären Planunterlagen sind für ihn eine Diskussionsgrundlage. Seine Frage dazu: Wer hat diese Unterlagen in Auftrag gegeben? Wieviel hat es gekostet? Der Gemeinderat wie auch die Baukommission sind jedoch fachlich äusserst gefordert, das überarbeitete Projekt gesamtheitlich zu beurteilen; denn es ist in erster Linie eine interdisziplinäre Planeraufgabe, die von Fachpersonen begleitet und beurteilt werden muss.

Die SP Fraktion erwartet daher, dass in einer 2. Lesung:

1. Das Team des Siegerprojekts für die Weiterbearbeitung beigezogen wird.
2. Eine Projektorganisation für die Beurteilung und Begleitung vorgeschlagen wird.
3. Ein Terminplan für die nächsten Planungsschritte sowie ein Planungskredit vorliegen.

2.2 Gemeinderat Konrad Schleiss, Präsident BAPLUK, erklärt betreffend Agglomerationsprogramm, dass in den letzten eineinhalb Jahren sehr intensive Vorbereitungsarbeiten geleistet wurden (mit drei Workshops, an denen zum Teil auch Gemeinderäte beteiligt waren). Die nächste Eingabe für das Agglomerationsprogramm ist 2020. Dann müssen fertige Projekte vorliegen, welche durch den Bund geprüft werden. Wenn die Prüfung erfolgt ist - in der Regel sind die Ersteingaben mit so wichtigen Infrastrukturen immer mit der A-Priorität versehen - gibt es eine entsprechende Umsetzungsmöglichkeit bis 2023. Er hat gestern Reto Mosimann, ssm architekten AG, und Claude Barbey, ehem. Stadtbaumeister, noch kurz die Frage gestellt, wie sie den Umsetzungshorizont als Planer sehen. Sie erachten eine Umsetzung in den nächsten zwei bis drei Jahren als nicht realistisch. Vielleicht würde man es bis 2023 schaffen, aber die Distanz zu 2023 ist relativ kurz für das Agglomerationsprogramm. Er macht deshalb beliebt, dass man in den Abklärungen, wie sie Remo Bill vorgeschlagen hat, eine Variante mit Agglomerationsprogramm vorsehen würde, damit man schauen kann, wie man das Projekt erweitern könnte, damit es agglotauglich ist. Als kleines Zahlenspiel: Bei Massnahmen aus dem Agglomerationsprogramm, wenn sie eine sehr hohe Priorität erhalten, übernimmt der Bund 35 Prozent der Kosten. Der Grund, warum die Umsetzung im 2010 nicht erfolgt ist, war ganz klar die Kostensituation. Wenn man jetzt die 7 oder 8 Mio. Franken als Vorlage nehmen würde - das ist heute wahrscheinlich nicht billiger geworden - dann käme man mit Bundesunterstützung auf die Grössenordnung der billigeren Varianten und die Kantonsbeiträge kämen noch oben drauf. Die Folge wäre, dass es eine Verzögerung um ein Jahr geben könnte, aber man könnte sich dafür ein schöneres Projekt leisten. Die BAPLUK hat ziemlich lange um die Varianten gestritten, es gab nicht wirklich eine klare Aussage. Die Kommission hat aber klar gesagt, dass sie eine Variante Agglomerationsprogramm wünscht. Er hat Verständnis dafür und würde vorschlagen, dass man auch eine einfache Variante ohne Agglomerationsprogramm weiterverfolgt für den Fall, dass alle Stricke reissen, damit man sieht, was der Unterschied sein könnte zwischen einer Variante, bei der man mit ein wenig mehr Mitteln einen verschönerte Bahnplatzsituation realisieren könnte, und einer, bei der man mit knappen Mittel etwas vor sich hin bastelt. So richtig erfreut über die Varianten, die man hier gesehen hat, ist man nicht.

2.3 Gemeinderat Marc Willemin würde gerne ein paar Vorteile bzw. Nachteile zu den Varianten „Teilweise Verkehrsentflechtung“ und „Verkehrsentflechtung“ darlegen. Die SVP möchte die Variante, die für die Stadt Grenchen und den Bahnhof Süd die geeignetste Variante ist. Bei der Variante „Verkehrsentflechtung“ hat man westseitig einen Wendeplatz MIV. Das ist ein Wendekreis. Dort darf eigentlich keiner anhalten. Auf den meisten Wendeplätzen stehen Schilder „Anhalten verboten“. Das wird ganz sicher ein Nadelöhr geben, weil die Autos dort anhalten und Leute mit Gepäck so nah wie möglich beim Bahnhof ein- und ausladen werden. Sie werden sicher nicht auf die Grünfläche im Hallgarten fahren. Es besteht die Gefahr, dass sich der Verkehr bis zum Kreisel hinauf stauen wird. Dann kommt man bei Stosszeiten noch weniger bei der Unterführung durch.

Führt dann noch ein Lastwagen zu den Geschäften hin, um ein- und auszuladen, zu einer Zeit, an der der Schnellzug hält, gibt es kein Durchkommen mehr. Wenn man den ganzen Platz öffnet, muss die 20er-Zone sicher bleiben. Die Leute haben in der Begegnungszone Vortritt, wenn sie über den Platz gehen, auch zur vorgesehenen Bushaltestelle auf der anderen Seite. Das ist ganz sicher nicht ein Gefahrenherd. Ganz entflechtet ist die Situation auch nicht. Die Velos könnten auch noch durchfahren. Der Zubringerdienst wurde noch nicht erwähnt, der wäre auch noch dort. Man hat gesehen, dass Velos und Fussgänger mittlerweile auch schon Streitpunkte haben und einander ins Gehege kommen. Es ist also nicht so, dass es ganz ruhig ist und sich niemand auf dem Platz befindet. Der MIV hätte dort sicher auch noch Platz zum Ein- und Ausladen. Die Bushaltestelle zwischen Kunsthaus und Migros müsste man auch einmal anschauen. Es werden von allen Seiten Kompromisse geschlossen. Dies müsste auch seitens BGU verlangt werden. Es ist ein Perron in der Länge von 50 Metern vorgesehen. Ein Gelenkbus darf max. 25 Meter sein. Dass dort gerade zwei Gelenkbusse sein müssen, ist das absolute Maximum. Vielleicht sind dort auch einmal ein Gelenkbus und ein normaler bzw. ein kleinerer Bus. Man müsste auch prüfen, ob man einen Einbahnverkehr von der Freiestrasse zum Kreisel beim Güterbahnhof signalisieren könnte (ob es den Kreisel noch braucht, bleibt dahingestellt). Wenn alle Busse ohne Gegenverkehr zirkulieren könnten, gäbe es eine flüssige Verkehrssituation und die Leute wüssten, wo sie hingehen müssen. Sollte es noch mehr Gelenkbusse geben, könnte man immer noch auf der Strecke zum Güterbahnhof ein Perron bauen. Das wäre auch nicht mehr das Teuerste. Übrigens kostet die Variante „Teilweise Verkehrsentflechtung“ mit CHF 4.6 Mio. eine halbe Million Franken weniger als die Variante „Verkehrsentflechtung“.

2.4. Gemeinderat Matthias Meier-Moreno spricht der Baudirektion für ihre Arbeit seinen Dank aus. Es liegt ein Musterbeispiel vor, wie man alle Betroffenen ins Projekt mit einbeziehen kann und mit ihren Bedürfnissen und Wünsche zu Wort kommen lässt. Trotz allem Guten, vermisst er etwas den Mut, den Planungssperimeter, anstatt nur auf den Bahnhofplatz zu beschränken, auszuweiten und in grösseren Dimensionen zu denken. So fehlt der komplette Einbezug des südlichen wie auch des östlichen Teils mit der Unterführung für den Langsamverkehr. Erwähnt ist es jedenfalls in der Vorlage und sollte dann unbedingt in einem weiteren Planungsschritt für das 4. Agglomerationsprogramm berücksichtigt werden. Die CVP-Fraktion ist für Weiterarbeit an den Varianten „Teilweise Verkehrsentflechtung“ und „Verkehrsentflechtung“. Nun noch zu den Fragen der CVP:

- Wieso hat die Polizei keine Stellungnahme abgegeben?
- Unter 13.1 ist die Rede von der maroden Infrastruktur. Wo und was genau ist damit gemeint? Sanierung CHF 4.2 Mio.!
- Variante teilweise Verkehrsentflechtung / Verkehrsentflechtung, Ein- und Ausfahrt Freiestrasse mit dem Bus. Geht das überhaupt?
- Schon heute herrschen teilweise chaotische Verkehrszustände auf der Freiestrasse, dies vor allem wegen den parkplatzsuchenden Autofahrern, die in den Kurzzeitparkplatz der Migros drängen und einen Rückstau produzieren. Wird dies dadurch nicht noch schlimmer? Wie kann man dem entgegen?
- Fussgänger, die den Bahnhof Richtung Migros verlassen, müssen die Begegnungszone und die Busfahrspuren überqueren. Ist dies nicht sehr umständlich?

- Hat man in die Planung berücksichtigt, dass eventuell in 10 Jahren Busse autonom „selbstfahrend“ sein werden?

2.5 Thomas Rüegger nimmt zu den Fragen wie folgt Stellung:

- Die Variante „Teilweise Verkehrsentflechtung“ mit Wendebereich ist schematisch dargestellt. Das heisst nicht, dass man dort keine Haltekante machen könnte, damit man relativ nah beim Bahnhof Leute aus- und einladen könnte.
- Zu den Bushaltestellen: Der Hinweis, dass es keine Ausbaumöglichkeiten gäbe, wollte man einfach anbringen. Man will nicht, dass der Baudirektion in zehn Jahren der Vorwurf gemacht werden kann, sie habe nicht gesagt, dass die Kante nicht mehr reichen könnte. Das wurde mit der BGU abgeklärt. Heute kommen gleichzeitig drei Busse an. Die kommen an, wenn die Züge auch halten, und brauchen 50 Meter. Sollte noch ein vierter Bus dort halten, reicht die Länge nicht mehr. Heute kann niemand sagen, ob es kommt oder nicht. Er wollte es erwähnt haben. Man kann das aber auch bewusst in Kauf nehmen und wenn der Fall eintritt, ist es halt so.
- Die Polizei Stadt Grenchen wurde selbstverständlich eingeladen, eine Stellungnahme abzugeben. Es ist leider keine gekommen. Man hat noch nachgefragt und nichts erhalten. Irgendeinmal musste die Vorlage verschickt werden. Deshalb fehlt sie.
- Marode Infrastruktur: Der Zustand des Belags ist sicher schlecht. Man hat überall Senkungen und Flickstellen. Das spürt man auch, wenn man mit dem Bus und dem Auto darüber fährt. Die Werkleitungen im Boden sind zum grossen Teil auch nicht in einem guten Zustand. Die Kanalisation ist uralt. Die SWG hat letztes Jahr mit ihren Bohrverfahren etwas saniert. Hier scheint auch Handlungsbedarf zu sein.
- Zu hohe Kosten: Wenn man die Strassen sanieren will (neuer Koffer, neuer Belag), kommt man auf CHF 2.5 bis 3 Mio. ohne irgendwelchen Luxus. Das ist auch dem geschuldet, dass man vor den Bushaltestellen Betonplatten einsetzen muss, damit die Tragfähigkeit bewerkstelligt werden kann und es keine Fahrrinnen gibt (ca. 400 Busse pro Tag). Dazu kommen noch die Überdachung der Bushaltestelle, Parkplätze, Grüngestaltung, Möblierung mit Bänken, Abfalleimer. Da ist man schnell bei CHF 4 oder 4.5 Mio.
- Ein- und Ausfahrt Freiestrasse: Das muss man in einem detaillierten Projekt genau anschauen. Man hat auch schon mit der BGU besprochen, was man sich so vorstellt, z.B. mit einer Buspriorisierung, damit gewährleistet ist, dass die Busse zirkulieren können.
- Variantenstudium: Es hat CHF 20'000.00 gekostet. Im Vergleich zu einem fertigen Projekt, das CHF 200'000 kostet, ist das ein anderer Ansatz, damit man der Behörde Auswahlmöglichkeiten präsentieren kann, über die sie diskutieren kann. Ziel ist, einen Konsens zu finden, hinter dem alle stehen können.
- Projekt ssm: Ihn überrascht, dass das Projekt so toll sein und man mit diesem weiterfahren soll. Man hat es so eingeschätzt, dass es niemand im 2009 wollte und man noch drei, vier Jahre versucht hat, es zu redimensionieren, und es dann einfach nicht zustande gekommen ist. Überall in den Protokollen steht, dass es nicht überzeugt hat. Deshalb hat man sich entschieden, unbelastet bei null anzufangen, etwas Neues zu bringen und nicht beim alten Projekt weiterzufahren.

- 2.6 Gemeinderat Alexander Kaufmann widerspricht Thomas Rüegger. Die Aussage, dass das Projekt ssm nicht gut angekommen ist, stimmt so nicht. Man hat einen Wettbewerb durchgeführt, bei dem ein Siegerprojekt herausgekommen ist. Man macht nicht einfach so einen Wettbewerb und erkürt nicht einfach so ein Siegerprojekt. Es hat das beste Projekt gewonnen. Es ist auch eine Tatsache, dass das Projekt funktioniert. Wenn man Qualität will, muss man zurück zu dem, was man gesagt hat und dort aufbauen. Es gibt Varianten, die zum Teil städtebaulicher Quatsch sind. Grenchen bringt es fertig, hier etwas Katastrophales daraus zu machen. Man ist heute versammelt, um zu diskutieren, es ist eine 1. Lesung. François Scheidegger hat vorhin gesagt, dass das Bedürfnis im 2009 ein anderes war. Das stimmt auch nicht. Es gibt vielleicht grössere Busse. Alles andere ist gleich geblieben. Man sollte sich jetzt einmal darüber einigen, was man will. Will man auf das Agglomerationsprogramm aufspringen? Er kann sich damit einverstanden erklären, dass man zwei Varianten prüft, aber man sollte nicht vom Siegerprojekt weggehen. Wenn man Qualität will, darf man die Basis nicht verlassen, sonst macht man sich lächerlich. Wenn man es bald will, muss man Druck machen und schauen, wie man es selbst finanzieren kann. Von ihm aus kann man auch das Plusprojekt mit Agglomerationsprogramm verfolgen und in einem zweiten Schritt im 2020 entscheiden, ob man es eingeben kann. Er macht beliebt, zweigleisig zu fahren, denn sonst hat man, wenn es nicht angenommen wird, gar nichts.
- 2.7 Gemeinderat Reto Gasser war damals im 2009 auch noch in der BAPLUK und kann sich Alexander Kaufmann und Remo Bill anschliessen. Man hat einen Wettbewerbsieger. Für ihn kann es auch nicht sein, dass ein Siegerprojekt in die Schublade getan wird und acht Jahre später neue Projekte kommen, von denen keines richtig befriedend ist. Hier wird das Rad neu erfunden und daraus ein Quadrat gemacht. Es gibt wirklich ein gutes Projekt. Er macht beliebt, dass man, wie es die CVP wünscht, zwei Varianten weiterverfolgt und das Siegerprojekt nochmals hervornimmt. Für ihn ist das Agglomerationsprogramm zu dominant. Man weiss nicht, ob das kommt. Seines Erachtens sind die Chancen sehr gering. Dann steht man da und hat nichts ausser den vier Varianten, die nicht in allen Bereichen befriedigend sind. Man sollte deshalb das Siegerprojekt wieder hervorheben und auf dieser Basis weiterfahren. Denn sonst ist das Vertrauen der Architekten auch nicht mehr da. So Wettbewerbe bedeuten Aufwand. Es kann nicht sein, dass man das Siegerprojekt nicht anschaut, sondern mit vier neuen Varianten aufwartet. Der Bahnhof Süd ist das Tor zu Grenchen. Wo kommt der Gast am Bahnhof Süd an? Wenn er heute aussteigt, ist die Situation nicht sehr einladend. Die vier Projekte, die hier vorliegen, überzeugen ihn nicht wirklich. Es gibt auch noch das Kunsthaus, wo ebenfalls Potential vorhanden wäre. Er macht beliebt, das Siegerprojekt nochmals anzuschauen.
- 2.8 Laut Gemeinderat Richard Aschberger hat man das Siegerprojekt demokratisch in die Schublade geschoben. Es gab einen Entscheid des Gemeinderates, dass man es nicht weiterverfolgt und eine Denkpause einlegt, weil es relativ stark umstritten war. Danach hat man die vier Varianten in Angriff genommen, weil man die Idee hatte, es innert nützlicher Frist unter Einbezug von möglichst vielen Personen umzusetzen. Es geht hier um Millionenbeträge. Man kann nicht einfach verlangen, dass man das alte Projekt wieder herausnehmen muss. Es gab auch schon andere Siegerprojekte, die in der Schublade gelandet sind, z.B. das kommunale Verwaltungsgebäude. Man hat verschiedene Varianten zum Entscheiden. Es ist eine sehr günstige Lösung. Für CHF 20'000.00 hat man die Möglichkeit, mit allen zusammen einen Konsens zu finden und ein Projekt innert fünf bis sechs Jahren zu realisieren.

Wenn man die alten Sachen wieder hervornimmt und versucht daran zu schrauben, wird das nie funktionieren.

- 2.9 Gemeinderätin Nicole Hirt ist davon ausgegangen dass das Siegerprojekt in der Schublade gelandet ist, weil man der Meinung war, dass man es aus Kostengründen nicht weiterverfolgen möchte. Das war kein GR-Beschuss, sondern wurde in der BAPLUK so bestimmt. Sie unterstützt das Votum von Alexander Kaufmann. Sie sieht nicht ein, warum man das Projekt ssm, das immerhin ein Siegerprojekt ist und wahrscheinlich aus finanziellen Gründen auf Eis gelegt wurde, nicht wieder reaktivieren soll.
- 2.10 Gemeinderat Ivo von Büren war damals dabei und meint, dass der Gemeinderat das Projekt versenkt hat. Die BAPLUK hatte gar nicht die Kompetenz dazu. Das Geschäft war im Gemeinderat, es war ihm zu teuer, z.B. die ganze Überdachung (man hatte die Idee, dass man vom Bahnhof bis zum Bus trockenen Fusses gehen kann). Das Siegerprojekt hat niemandem gefallen. Deshalb wurde es relativ einstimmig versenkt. Er versteht nicht, dass man jetzt wieder die alten Sachen hervorkramen will. Man hat jetzt neue Varianten, eine neue Zeit, einen neuen Gemeinderat. Sonst hat man am Ende gar nichts. Das Alte, was gewesen ist, soll man liegen lassen und jetzt mit neuen und guten Projekten vorwärts machen. Darauf muss man sich jetzt konzentrieren und nicht auf Sachen von früher.
- 2.11 Gemeinderätin Angela Kummer war damals noch nicht dabei. Sie versteht nicht, dass man das Siegerprojekt in den Varianten gar nicht anschaut. Sie hätte erwartet, dass es drin wäre. Man kann schon alles komplett neu anschauen, aber so wie es jetzt daher kommt, sind es vier Varianten, wo denen keine richtig überzeugt. Man kann auch gescheiter werden, die Finanzierung einmal anschauen und die Prioritäten anders setzen, wenn sich etwas geändert hat. Für sie persönlich ist der Bahnhofplatz äusserst wichtig. Es ist eine Visitenkarte. Deshalb sollte man jetzt Gas geben. Sie macht beliebt, das Siegerprojekt nochmals anzuschauen. Das heisst nicht, dass man diese Variante wählt. Vielleicht ist es dann wirklich zu teuer.
- 2.12 Gemäss François Scheidegger redet man immer vom Siegerprojekt, obwohl man gar nicht so genau weiss, was es genau beinhaltet. Er hat es angeschaut. Das differiert nicht so stark von den bisherigen Projekten. Es entspricht im Übrigen mehr oder weniger der Variante 3 in den Unterlagen und wäre in dem Sinne eine weitere Variante. Er hätte kein Problem damit, wenn man es hervornimmt, die Argumente nochmals anschaut und weiterverarbeitet.
- 2.13 Laut Drazenka Dragila-Salis ist es wichtig, dass sich der Gemeinderat klar darüber wird, bis zu welchen Kosten er bereit ist zu gehen. Man hat den Wunsch wahrgenommen, dass es günstig sein soll. Natürlich kann der Perimeter weiter gefasst und visionär sein. Es wäre schön, eine Vision zu haben, wie es in 20 oder 30 Jahren sein soll. Hier könnte man einiges entwickeln, aber dann stellt sich die Frage, ob die Stadt die Möglichkeit hat, das umzusetzen. Wie viele Millionen ist der Gemeinderat bereit, für den Bahnhof Süd auszugeben? Man kann der Fairness halber auch die Planer, die den Wettbewerb vor 10 Jahren gewonnen haben, mit der Erarbeitung der Variante A, B, C oder D beauftragen, damit sie nicht übergangen werden. Es muss Klarheit herrschen, ob man ein Projekt für CHF 4.5 oder für 8 Mio. sucht.
- 2.14 François Scheidegger findet, dass man das Rad nicht neu erfinden muss. Man hat hier Varianten, die valabel sind und die man prüfen kann. Die Frage, ob es letztlich CHF 5 oder 6.5 Mio. kostet, darf nicht matchentscheidend sein. Man tätigt hier Investitionen für die nächsten 20 bis 30 Jahre.

Matchentscheidend ist für ihn ein gutes Projekt. Er ist auch eher skeptisch betreffend Agglomerationsprogramm. Man sollte jetzt auf dieser Schiene weiterfahren und vorwärts machen, aber mit der Option, allenfalls nachher bei einem Agglomerationsprogramm mitzumachen. Das würde auch bedeuten, dass man den Betrachtungsperimeter erweitern müsste (Gibelstrasse, Unterführungsstrasse, Riedernstrasse, Schlachthausstrasse). Dann würde man aber von einem ganz neuen Zeithorizont und ganz anderen Zahlen (CHF 30 Mio.) sprechen.

- 2.15 Konrad Schleiss bezieht sich auf die Person, die das Zukunftsbild als Vorbereitung zum Agglomerationsprogramm geleitet hat. Nach deren Information sind Agglomerationsprogramme in jeweils Vier-Jahres-Abschnitten fällig, d.h. man könnte auf das Jahr 2020 den Bahnhofplatz eingeben und einmal einen ersten Schritt mit dem Agglomerationsprogramm machen und danach weiterfahren und im 2024 ein Anschlussprojekt einreichen. Es muss nicht alles hineingepackt werden. Er hat mit Reto Mosimann, dem Verfasser des Siegerprojekts, gestern noch gesprochen. Dieser bittet den Gemeinderat, vorwärts zu machen, etwas Schönes zu realisieren und längerfristig zu denken. Er wäre bereit, dem Gemeinderat seine Variante, die er auch weiter bearbeitet hat, vorzustellen. Deshalb schlägt Konrad Schleiss vor, zweispurig zu fahren, denn für das Agglomerationsprogramm kann niemand garantieren. Der erste Schritt, die erste Infrastruktur, die erste Massnahme ist in der Regel immer als A-Massnahme durchgekommen. Diejenigen Massnahmen, die in den Agglomerationsprogrammen Mühe bekommen haben, waren die Folgemassnahmen. Ähnlich grosse Städte wie Baden, Brugg etc. haben ihre Busbahnhöfe mit Agglomerationsprogrammen realisiert. Das ist auch für Grenchen machbar. Deshalb wiederholt er nochmals, man soll mit zwei Varianten fahren, eine mit und ohne Agglomerationsprogramm. Mit Agglomerationsprogramm müsste aber das Ziel sein.
- 2.16 Matthias Meier-Moreno gibt zu bedenken, dass man betreffend Agglomerationsprogramm noch nirgends ist. Man müsste auch die finanziellen Mittel haben. Die Variante „Mittelperron“ kostet CHF 6.5 Mio. Wenn man das Geld nachher nicht hat und es nicht bewilligt wird, war alles für nichts. Wenn jetzt wieder alte Sachen hervorgeholt werden, kommt man nie vorwärts. Er sieht das nicht ein. Entweder fährt man zweigleisig oder man entscheidet sich für eine Variante, die realistisch ist. Wenn man wieder Phantastereien mit alten Varianten macht, hat man am Schluss gar nichts.
- 2.17 Noch nicht so lange, so Marc Willemin, hat man von links bis rechts gehört, dass man jetzt mit dem Bahnhof Süd vorwärts machen soll. Es sei eine Schande. Jetzt hat man relativ zügig vorwärts gemacht. Man steht auch noch unter einem gewissen Druck wegen der Leitungen, die im Boden sind. Was macht man, wenn man plötzlich die Strassen aufreissen muss? Was ist dann mit den Kosten? Jetzt hört man von allen Seiten, dass man wieder planen und neue Projekte erarbeiten soll, obwohl man schon etwas hat, und am Schluss hat man nichts und das Ganze fängt wieder von vorne an. Er möchte lieber etwas Einfaches haben und den richtigen Entscheid zur richtigen Zeit.
- 2.18 Remo Bill stellt den Antrag, dass in einer 2. Lesung das Team des Siegerprojekts für die Weiterbearbeitung beigezogen wird.
- 2.19 Thomas Rüegger präzisiert, dass die vier Varianten nicht fixfertige Varianten sind, sondern Möglichkeiten der grundsätzlichen Verkehrserschliessung. Alle Details sollen erst in einem darauffolgenden sauberen Projekt erarbeitet werden.

- Die Variante „Mittelperron“ entspricht 1:1 der Verkehrserschliessung des Siegerprojekts. Der einzige Unterschied ist die Überdachung, die aus Kostengründen kleiner ausgefallen ist. Diese wurde der Vollständigkeit halber hineingenommen.
- 2.20 François Scheidegger schlägt vor, dass man jetzt weitermacht, aber man braucht die Fachlichkeit in dieser Projektorganisation. Hier stellt er sich vor, dass man eine Fachjury die vier Varianten (inkl. Argumente des Siegerprojektes) beurteilen lässt und nachher in die BAPLUK geht. Das Soundingboard muss man auch noch miteinbeziehen. Man soll eine saubere Projektorganisation mit Terminplanung und den nötigen Krediten aufstellen, sonst kommt man nicht vorwärts.
- 2.21 Ivo von Büren weist darauf hin, dass die BAPLUK gemäss BAPLUK-Beschluss dem Gemeinderat empfiehlt, für die weitere Ausarbeitung des Projektes zwischen den Varianten „Teilweise Verkehrsentflechtung“ und „Verkehrsentflechtung“ weiter zu entscheiden. Jetzt macht man alles anders. Er versteht die Welt nicht mehr. Jetzt soll man wieder von vorne anfangen und eine Fachjury beiziehen. Jetzt muss man sich doch erst einmal auf eine Variante einigen und nachher eine Fachjury beiziehen. Jetzt sollte man nicht wieder bei Adam und Eva anfangen. So kommt man nicht vorwärts.
- 2.22 François Scheidegger entgegnet, dass man nicht wieder bei Adam und Eva anfängt. Er hat keinen Antrag der BAPLUK. Er ist nicht bereit, etwas in einem politischen Gremium entscheiden zu lassen, wenn sich nicht einmal die Fachkommission dazu äussert. So geht es doch nicht.
- 2.23 Reto Gasser schliesst sich dem Stadtpräsidenten an. Ihm ist das Tor zu Grenchen zu wichtig, als dass er das von einer BAPLUK planen lässt. Das muss er an dieser Stelle einmal sagen. Die BAPLUK macht Polemik und die SVP ebenfalls, indem sie mit den Kosten kommt. Man kann auch irgendwo anders in der Stadt investieren, aber das hier ist das Tor zu Grenchen. Das Projekt war pfannenfertig bereit. Nach Aussage von Richard Aschberger sei es zu teuer gewesen. Nach seiner Auffassung war das Projekt nicht zu teuer. Man hat eine Priorisierung vorgenommen und nach der Sportstättenplanung entschieden, dass es nicht in die erste Priorität gehört. Man hat nie gesagt, dass das Projekt zu teuer sei. Kennt irgendjemand hier im Rat die Kosten oder die Aufteilung der Kosten des Projekts, der hier dagegen argumentiert hat? Er hat mit Reto Mosimann auch über das Projekt gesprochen. Sehr viele Kosten werden durch den Tiefbau ausgelöst. Er möchte gerne einmal wissen, wie viele Tiefbaukosten das sind, die ohnehin kommen würden. Man macht Polemik, dass es viel zu teuer sei und man wieder von vorne anfangen müsse. Das stimmt alles nicht. Das Projekt ist in einem vernünftigen Rahmen, es liegt bereit. Er schliesst sich dem Antrag von Remo Bill an, dass das Team ssm zumindest in einer 2. Lesung die Möglichkeit haben müsste, das Siegerprojekt vorzustellen. Er bleibt dann der SVP überlassen, ob sie es „abschiessen“ will. Er hegt grosse Bedenken, das Projekt ssm hier einfach zu versenken. In diesem Zusammenhang muss er auch die Baudirektion rügen, die jetzt plötzlich sagt, dass sie es anschaut habe und es praktisch der Variante „Mittelperron“ entspräche. Warum kommt das erst jetzt zur Sprache?
- 2.27 François Scheidegger fasst zusammen, dass man jetzt verschiedene Projektvarianten auf dem Tisch hat und die Stellungnahme des Gemeinderates vorliegt. Jetzt kann man wirklich weiterarbeiten. Er macht nochmals beliebt, dass man in einer 2. Lesung im Gemeinderat einen Vorschlag mit einer Fachjury unterbreitet - er findet, dass es die fachliche Komponente braucht - die eine Beurteilung der Varianten vornimmt.

Er möchte einen konkreten Vorschlag und einen Antrag der BAPLUK. Er will einen fachlich hinterlegten Vorschlag und keine Auswahlendung - das ist nicht die Aufgabe des Gemeinderates - und dann eine Projektorganisation, eine saubere Terminplanung und das verbunden mit den nötigen Kreditanträgen.

- 2.28 Alex Kaufmann antwortet, dass die BAPLUK, so wie sie besetzt ist, nicht in der Lage ist, einen Antrag zu stellen. Es tut ihm leid, aber es ist einfach so. Es macht keinen Sinn, einen Umweg über die BAPLUK zu nehmen. Es wird eine Beurteilung durch eine Fachkommission gewünscht. Die BAPLUK ist leider in ihrer Besetzung keine Fachkommission. Sie ist vom Fachlichen her geschwächt.
- 2.29 François Scheidegger kann die BAPLUK nicht überspringen. Sie ist vorberatende Kommission. Der Gemeinderat ist nachher frei, anders zu entscheiden, als die BAPLUK beantragt.
- 2.30 Remo Bill erwartet für die 2. Lesung Folgendes: Erstens den Beizug des Teams des Siegerprojekts für die Weiterbearbeitung, zweitens einen Vorschlag für die Projektorganisation für die Beurteilung und Begleitung und drittens das Vorliegen eines Terminplans für die nächsten Planungsschritte sowie eines Planungskredits. Das deckt sich mit den Aussagen des Stadtpräsidenten.
- 2.31 Drazenka Dragila-Salis erkundigt sich, mit welchem Auftrag das Siegerteam beigezogen werden soll. Was soll es prüfen im Hinblick auf die 2. Lesung?
- 2.32 François Scheidegger bemerkt, dass der Auftrag darin besteht, das Projekt weiterzuentwickeln unter Berücksichtigung der Varianten, die auf dem Tisch liegen, unter Einbezug der Voten, die heute gefallen sind. Dann hat man nachher eine saubere Sache. Ein Vorteil wäre auch, dass man mit dem Einbezug des ursprünglichen Büros auch keine Probleme wegen der Urheberrechte hätte.
- 2.33 Drazenka Dragila-Salis berichtet, dass man auch ohne Einbezug des Teams ssm keine Probleme wegen der Urheberrechte hat.
- 2.33 François Scheidegger fragt an, ob der Gemeinderat ein Problem hat, wenn man entsprechend dem Antrag von Remo Bill vorgeht.
- 2.34 Drazenka Dragila-Salis hat als Auftrag verstanden, dass die Baudirektion eine fachliche Beurteilung durch eine dritte Person sicherstellen soll. Es sollen ein Terminplan und Kreditanträge vorgelegt werden. Es soll ein Antrag durch die BAPLUK gestellt und das Team ssm soll ebenfalls beigezogen werden. Sie interpretiert das so, dass ein externer Experte mit der Überprüfung beauftragt wird (das ist bereits erfolgt), ein Terminplan erstellt wird (bereits im BAPLUK-Beschluss enthalten), ein Antrag durch die BAPLUK gestellt wird (ist ebenfalls vorhanden) und das Büro, das den Wettbewerb gewonnen hat, eingeladen wird, das Siegerprojekt anlässlich der 2. Lesung zu präsentieren.
- 2.35 Das ist, so François Scheidegger, etwas anderes, aber so könnte man es auch machen.
- 2.36 Wenn man, so Ivo von Büren, die vier Varianten und das Projekt ssm durch eine Fachperson prüfen und favorisieren lässt, fällt das Projekt ssm vielleicht weg. Dann muss man das Siegerbüro auch nicht mehr einladen.
- 2.37 Remo Bill ist im Besitz der Beurteilung der Varianten. Es gibt Varianten, die von der Verkehrsplanung her gar nicht möglich sind.

- 2.38 Gemeinderätin Nicole Hirt kann mit ihrem beruflichen Hintergrund nicht beurteilen, welches die beste Variante ist. Sie wäre sehr froh, wenn eine Fachjury die Sachen prüfen und dem Gemeinderat einen Vorschlag unterbreiten würde, hinter dem sie nachher auch stehen kann. Aber bei so vielen Varianten ist sie nicht in der Lage, das zu entscheiden. Sie weiss nicht, wer das im Rat kann.
- 2.39 Für Matthias Meier-Moreno stellt sich noch die Frage, ob man Variante 1 (IST-Variante) sofort streichen soll. Das muss man wohl nicht mehr anschauen.
- 2.40 Marc Willemin bittet darauf zu achten, dass das Projekt Bahnhof Süd für die Leute von Grenchen gemacht wird und vor allem sie Freude daran haben und davon profitieren können, solange sie hier sind, und nicht dass alle anderen Freude haben, nur die Grenchnerinnen und Grenchner nicht.

Eintreten wird beschlossen.

Es ergeht folgender

3 Beschluss

- 3.1 Die Ausführungen der Baudirektion und der BAPLUK werden in 1. Lesung zur Kenntnis genommen.

Vollzug: BD

BD
BAPLUK
Stapo
FV

6.2.1 / acs

Glassammlung / Glassammelstellen: Status, weiteres Vorgehen

Vorlage: KZL/24.05.2018

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Stadtbaumeister Drazenka Dragila-Salis fasst die Ausgangslage kurz zusammen und erläutert das weitere Vorgehen.
- 1.2 Stadtpräsident François Scheidegger gibt ergänzende Erläuterungen.

2 Eintreten

- 2.1 Gemeinderat Ivo von Büren erklärt, dass die SVP-Fraktion einstimmig hinter dem Vorgehen der Baudirektion steht.
- 2.2 Für die FDP-glp-Fraktion, so Gemeinderat Konrad Schleiss, ist das ein pragmatisches Vorgehen für den Moment. Sie würde längerfristig die Gesamtkosten der Abfallbewirtschaftung stärker interessieren als die Teilbereiche. Betreffend Glassammlung macht er beliebt, dass man mit den Grossverteilern Aldi, Lidl, Migros, Coop, Denner spricht, damit sie Glas auch zurücknehmen - dort wird es meistens auch gekauft - und dann schaut, was es nachher noch braucht. Man kann dann den Sammeldienst sehr variabel gestalten, er sieht hier überhaupt kein Problem. Für ihn ist der grosse Kostentreiber nicht in der Glassammlung drin, sondern beim Kehricht und bei der Grünabfuhr. Das wäre aber eine andere Gesamtsicht.
- 2.3 Für Gemeinderat Daniel Hafner ist klar, dass der Abholdienst in einer gewissen Form erhalten bleiben soll und Sammelstellen an den Einkaufsmöglichkeiten (Migros, Coop etc.) geschaffen werden sollen. Die SP unterstützt das pragmatische Vorgehen. Es ist wichtig, dass die Kostenneutralität gewährleistet bleibt. Die Stadt soll nicht drauf legen. Wenn man das in dieser Form realisieren kann, dann steht die SP hinter dem Vorschlag der Baudirektion.
- 2.4 Laut François Scheidegger ist seinerzeit auch noch ein gewisses Missverständnis wegen der Almetallsammlung entstanden. Diese Tour wird nicht abgeschafft. Das hat man wohl zu wenig gut erklärt.
- 2.5 Wie Simon Klaus, Ersatz-Gemeinderat, ausführt, unterstützt die CVP das pragmatische Vorgehen. Wenn man die zwei bis drei Sammelstellen einrichtet, sollte man in Betracht ziehen, dass man sie an zentralen Orten bei Migros, Coop, Aldi umsetzt.
- 2.6 François Scheidegger bemerkt, dass diese dann auf privatem Grund wären.
Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

4.1 Der Gemeinderat ist mit dem pragmatischen Vorgehen einverstanden.

Vollzug: BD

BD
RD

7.2 / acs

Motion Nicole Hirt (glp): Abstellplätze (Parkplätze) bei neuen Industrie- und Gewerbebauten in der Arbeitszone: Beschluss über Erheblicherklärung

Vorlage: KZL/15.03.2018

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Wie Stadtpräsident François Scheidegger ausführt, wurde die Motion von der Baudirektion schriftlich beantwortet.

2 Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

- 3.1 Gemeinderätin Nicole Hirt erklärt, dass es im Zusammenhang mit der Ortsplanungsrevision Sinn macht, dass sie die Motion in ein Postulat umwandelt. Der Boden wird knapp, man muss haushälterisch damit umgehen. Ihre Motion zielt darauf ab, dass keine Bauten mehr mit vielen oberirdischen Parkplätzen erstellt werden und man der Problematik mit den Ressourcen Rechnung trägt.
- 3.2 François Scheidegger ist froh über die Umwandlung, da in der Motion explizit von „unterirdischen Abstellplätzen“ die Rede ist. Man ist im Zusammenhang mit einem Projekt drauf gekommen, dass es auch noch andere Möglichkeiten gibt, z.B. kann man die Autos auch auf dem Dachgeschoss parkieren oder das Ganze etappieren (d.h. zuerst baut man einen oberirdischen Parkplatz im Sinne einer Baulandreserve und in einer weiteren Etappe geht man in die Höhe). Solche Möglichkeiten sollten auch mit einbezogen werden.
- 3.3 Stadtbaumeisterin Drazenka Dragila-Salis erklärt, dass die Baudirektion das Anliegen des Vorstosses unterstützt. Die entsprechenden Bestrebungen werden im Rahmen der Ortsplanungsrevision erfolgen. Sie entsprechen den allgemeinen Vorgaben der Raumplanung sowie den Zielen des räumlichen Leitbildes.
- 3.4 Laut Gemeinderat Alexander Kaufmann rennt die Motion von Nicole Hirt offene Türen ein. Die SP-Fraktion unterstützt die Anliegen der Motionärin. Mit grossem Interesse hat sie auch die Beantwortung der Baudirektion gelesen und diskutiert. Tatsächlich gibt es einige schlechte Beispiele von Industriebauten mit oberirdischen Parkplätzen.

Trotz zum Teil schwierigem Baugrund in der Industriezone Süd (Grundwasser und Einsatz von Fundament-Pfährlung) muss das Ziel sein, möglichst unterirdische Parkplätze zu realisieren. Da das Anliegen im Zusammenhang mit der Ortsplanungsrevision vertieft behandelt wird, unterstützt die SP-Fraktion die Vorlage gemäss Beschlussesentwurf. Sie ist froh, dass die Motionärin ihre Motion in ein Postulat umgewandelt hat.

- 3.5 Gemäss Gemeinderat Matthias Meier-Moreno unterstützt die CVP-Fraktion den Erhalt von Grünflächen und plädiert wenn immer möglich, Parkplätze bei Gewerbe- und Industrieneubauten in den Boden zu verlegen. Dies ist leider nicht immer möglich, sei dies bei schlechtem Baugrund, aus statischen oder finanziellen Gründen. Eventuell würde sich dann anstelle von nur oberirdischen Parkplätzen eine Variante von überdachten Parkplätzen mit einer Fotovoltaikanlage als ökologische Ersatz- oder Ausgleichsmassnahme anbieten. Über solche und andere Massnahmen kann gerne im Rahmen der anstehenden Ortsplanungsrevision diskutiert werden. Die CVP wird das Postulat erheblich erklären.
- 3.6 Gemeinderat Ivo von Büren führt aus, dass auch die SVP-Fraktion die Motion bzw. das Postulat unterstützt.
- 3.6 François Scheidegger verweist auf das Neubauprojekt der Tschudin AG, die ein kleines Parkhaus baut und der Nachbarfirma darin Parkplätze anbietet. Das sind sinnvolle Schritte.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

- 4.1 Die Motion wird als Postulat erheblich erklärt.

Vollzug: BD

BD
Wifö
WIRA

6.3 / acs

Interpellation Daniel Hafner (SP): Flixbus in Grenchen?: Beantwortung

Vorlage: KZL/24.05.2018

1. Mit Datum vom 13. März 2018 reichte Daniel Hafner (SP) folgende Interpellation ein:

1.1 Interpellationstext:

Städte wie zum Beispiel Biel, Solothurn oder Olten betrachten die Fernbusse beziehungsweise deren Haltepunkte durchaus kritisch. Man will Haltestellen gar nicht oder höchstens an der Peripherie.

Es liegen verkehrspolitische Gründe vor, um diesen fragwürdigen Tendenzen einen Riegel zu schieben. Die Schweiz verfügt über ein hervorragend ausgebautes Schienen-Verkehrsnetz, in welches Bund und Kantone erheblich investieren.

Als Kommune tragen wir eine Mitverantwortung, zu diesem hohen Standard Sorge zu tragen. Grenchen ist verkehrstechnisch überdurchschnittlich gut erschlossen. Im vergangenen Jahr wurde der IC-Halt in Grenchen vom Bundesamt für Verkehr zugestanden.

Es gibt absolut gar keine Notwendigkeit, in Grenchen Platz für Haltestellen für Fernbusse zu schaffen.

Wenn nun ausgerechnet die Stadt Grenchen die Fernbus-Betreiber mit offenen Armen empfängt, projiziert sie ein Bild von sich, das nicht in ihrem Interesse ist. Deshalb gelange ich mit folgenden Fragen an den Stadtpräsidenten:

- 1. Welchen konkreten Mehrwert erwartet die Stadt Grenchen vom Flix-Bus Haltepunkt?*
- 2. Grenchen hat sich das Label „Energie-Stadt“ zugelegt. Wie beurteilt das Stadtpräsidium die „Fernbus-Problematik“, die heisst, eine Verlagerung des Personen-Fernverkehrs von der Schiene auf die Strasse?*
- 3. Die Stadt Grenchen hat mit Recht und Erfolg um die Halte der Fernverkehrszüge gekämpft. Ist sie sich der Zeichen bewusst, die sie mit der Zulassung eines Haltepunktes für eine Fernbuslinie beim Bund bzw. bei den Entscheidungsträgern der SBB setzt? Ist sie sich bewusst, dass voraussichtliche Minderfrequenzen einen Einfluss auf die Fernverkehrsstrategie der Bahn haben?*
- 4. Fernbus-Passagiere sind Billigreisende. Nebst günstigem Wohnraum und Läden im Billigpreis-Segment sollen nun billige Transportleistungen kommen? Für welche Kategorie von Zuzügern will die Stadt attraktiv sein? Ist sich die Stadt bewusst, was für Zeichen sie hier setzt?*

2 Beantwortung

- 2.1 Gemäss Stadtpräsident François Scheidegger wurde die Interpellation von der Standortförderung beantwortet. Die Interpellationsantwort wurde mit den Unterlagen zum heutigen Gemeinderat versandt und wird nicht mehr verlesen. Er hat noch eine Ergänzung: Der Standort Bahnhof Nord hat sich nicht bewährt. Der Stadtpolizei wurde der Auftrag erteilt, den Standort Bahnhof Süd zu prüfen.

3. Begründung

- 3.1 Gemeinderat Daniel Hafner bezieht sich auf Ziff. 2.3.1, worin steht, dass das Angebot von Fernbussen Linien des öffentlichen Verkehrs nicht konkurrenzieren darf. Bei dem aktuellen Angebot Lyon - Frankfurt ist das sicher nicht der Fall. Ihn interessiert, wie die grundsätzliche Haltung zum Flix-Bus ist. Was passiert, wenn schweizerische Fernverkehrslinien durch das Angebot konkurrenzieren werden? Wie ist die Position des Gemeinderates in Bezug auf gewisse Zeichen die man setzt, was künftige Fahrplan-Planungen der SBB anbelangt? Es wurde vorhin erwähnt, dass sich die Haltestelle bei Bahnhof Nord nicht bewährt hat. Warum nicht? Zahlt Flixbus etwas für die Haltestelle in Grenchen? Überall, wo öffentliche Verkehrsmittel halten, entstehen Abfälle und es entsteht ein Bedürfnis an sanitären Anlagen. Zahlt Flixbus hier allfällige Entschädigungen an die Stadt?

- 3.1.1 Laut François Scheidegger kann sich der Interpellant von der Antwort befriedigt, teilweise befriedigt oder nicht befriedigt erklären. Er stellt fest, dass Daniel Hafner jetzt noch weitere Fragen stellt. Was er sagen kann, ist, dass sich die Haltestelle beim Bahnhof Nord aus verkehrstechnischen Gründen nicht bewährt hat, weil sich der Bus nicht an die Vorgaben hält und immer wieder in die Dählenstrasse hineinfährt.

- 3.2 Daniel Hafner stellt Antrag auf Diskussion. Man sendet als Stadt immer Zeichen aus. Es geht hier einerseits sicher um eine verkehrstechnische Frage, eine andere Geschichte ist, was so ein Unternehmen für sozialen Rahmenbedingungen hat. Wenn er liest, dass Solothurn und Biel gezögert haben und Grenchen wieder vorprescht, dann stellen sich ihm schon Fragen. Wenn dann dereinst wieder irgendeine Filmemacherin auf die Idee kommt, als schlechtes Beispiel eine Kommune zu suchen und in Grenchen fündig wird, geht dann in Grenchen wieder das grosse Wehklagen los. Er findet, dass man solche Fragen grundsätzlich vorher in einem Rat diskutieren sollte.

- 3.2.1 François Scheidegger weist Daniel Hafner darauf hin, er in seiner eingereichten Interpellation Fragen gestellt hat, die von der Verwaltung beantwortet wurden. Sonst muss er nochmals eine Interpellation einreichen.

Der Antrag auf Diskussion wird mit 11 : 2 : Stimmen, bei 2 Enthaltungen, abgelehnt.

- 3.3 Daniel Hafner erklärt sich von der Antwort nicht befriedigt.

- 3.3.1 Die Frage, so François Scheidegger, ist immer, ob man von der Antwort oder vom Zustand nicht befriedigt ist - er fand die Antwort sehr gut.

- 4 Das Geschäft wird damit als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

Standortförderung
Stapo
AGöV

6.0 / acs

Kenntnisnahme Wahlfeststellung Sandra Sieber, 2. Ersatzmitglied des Gemeinderates (FDP.Die Liberalen)

Vorlage: KZL/18.05.2018

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Anne-Catherine Schneeberger-Lutz, Kanzleichefin, fasst die Vorlage kurz zusammen.

2 Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

4.1 Von der Wahlfeststellung vom 18. Mai 2018 wird Kenntnis genommen.

Zu eröffnen an:

- Sandra Sieber, Dählenstrasse 35, 2540 Grenchen
- Daniel Graf, Präsident FDP.Die Liberalen, Fichtenweg 11, 2540 Grenchen
- Oberamt Region Solothurn, Rötistrasse 4, 4501 Solothurn

Vollzug: KZL

KZL (Behördenverzeichnis)
FV

0.1.2 / acs

Mitteilungen und Verschiedenes

1 Verlängerung des Businessplans 2015 - 2018 um ein Jahr (Businessplan 2015 - 2019): Genehmigung

1.1 Wie Stadtpräsident François Scheidegger ausführt, wird der Gemeinderat der Stadt Grenchen in den nächsten Monaten einen Kompass Stadtentwicklung im Sinne eines Führungsinstrumentes für die angelaufene Legislatur entwickeln. Dieser soll als Grundlage für die Erarbeitung des neuen Businessplanes dienen. Weil der „Kompass“ per Ende 2018 vorliegt, wird der Businessplan 2015-2018 um ein Jahr verlängert. Der Wirtschaftsrat hat diesem Vorgehen an der Sitzung vom 17. Mai 2018 zugestimmt. Die Review ist wie üblich für den Gemeinderat im Januar 2019 zu traktandieren.

1.2 Der Gemeinderat erklärt sich mit Verlängerung des Businessplans 2015 - 2018 um ein Jahr einverstanden. Auf die Ausarbeitung einer formellen Vorlage durch die Verwaltung kann verzichtet werden.

1.3 Beschluss:

1.3.1 Der Businessplans 2015 - 2018 wird um ein Jahr verlängert (Businessplan 2015 - 2019).

1.3.2 Die jährliche Berichterstattung zum Aktionsplan per Ende 2018 wird für die Gemeinderatssitzung vom Januar 2019 traktandiert.

2 Nutzungsänderungen; Bielstrasse 11: Rückzug Beschwerde durch Einwohnergemeinde Grenchen, Verfügung Bau- und Justizdepartement: Orientierung

2.1 Stadtpräsident François Scheidegger informiert, dass die Stadt Grenchen die Beschwerde der Einwohnergemeinde Grenchen gegen den Entscheid der Baudirektion Grenchen vom 20. November 2017 betreffend Baugesuch (Nutzungsänderungen; Bielstrasse 11) am 14. Mai 2018 zurückgezogen hat. Das Bau- und Justizdepartement hat am 24. Mai 2018 Folgendes verfügt:

1. *Die Beschwerde des Gemeinderats der Einwohnergemeinde der Stadt Grenchen wird infolge Rückzugs von der Geschäftskontrolle des Bau- und Justizdepartements abgeschrieben.*
2. *Die Verfahrenskosten von CHF 500.00 werden dem Beschwerdeführer auferlegt*
3. *Der Gemeinderat der Stadt Grenchen hat der anwaltlich vertretenen Bauherrschaft BC Events & Consulting GmbH eine Parteientschädigung von CHF 6'046.90 zu bezahlen.*

2.2 Beschluss:

2.2.1 Von der Orientierung wird Kenntnis genommen.

3 **Feier für Marco Wölfli vom 12. Juli 2018**

3.1 Gemäss Stadtpräsident François Scheidegger ist es der Stadt Grenchen ein grosses Anliegen, „ihrem“ Goalie Marco Wölfli für seinen langjährigen Einsatz bei BSC Young Boys und der grossen Leistung beim Erreichen des Schweizermeister-Titels eine besondere Ehrung zu erweisen. Trotz seinen verdienten Ferien, Trainingslager und Vorbereitungsspielen konnte die Stadt mit ihm an einem spielfreien Tag der Fussball-Weltmeisterschaft einen Termin vereinbaren. Das kleine Fest wird am Donnerstag, 12. Juli 2018, zwischen 18 und 20 Uhr, beim Public Viewing Baracoa stattfinden. François Scheidegger freut es sehr, der Grenchner Torhüterlegende ein Präsent in Form einer Grenchner Uhr überreichen zu dürfen. Die Moderation übernimmt Dago- bert Cahannes. Die Bevölkerung ist herzlich eingeladen, dem Anlass beizuwohnen.

4 **Vernehmlassung Steuervorlage 17 (SV17)**

4.1 Laut Stadtpräsident François Scheidegger hat der Regierungsrat die Vorlage zur Um- setzung der Steuervorlage 17 in die Vernehmlassung geschickt. Das Geschäft wird für die Gemeinderatssitzung vom 28. August 2018 traktandiert. Die Vernehmlassung dauert bis 31. August 2018.

5 **Gespräch mit den Mitgliedern des Kantonsrates aus Grenchen vom 3. Juli 2018**

5.1 Stadtpräsident François Scheidegger orientiert, dass der nächste Austausch zwi- schen den Grenchner Kantonsrätinnen und Kantonsräten und den Vertretern der Stadtverwaltung im Anschluss an die Gemeinderatssitzung vom 3. Juli 2018 im Res- taurant Parktheater, im Lindensaal, stattfinden wird. Die Einladung mit Traktandenlis- te (u.a. Steuervorlage 17) folgt noch.